

Brigitte Geißel

# KRITISCHE BÜRGER

*Gefahr oder Ressource für die Demokratie?*

Studien zur  
Demokratieforschung

**campus**

Kritische Bürger

Studien zur Demokratieforschung

Herausgegeben von Dirk Berg-Schlosser,  
Leo Kißler, Theo Schiller und Bettina Westle

Band 12

*Brigitte Geißel*, Prof. Dr., ist Professorin für Politikwissenschaft und politische Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt.

© Campus Verlag GmbH

Brigitte Geißel

# Kritische Bürger

Gefahr oder Ressource für die Demokratie?

Campus Verlag  
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.  
ISBN 978-3-593-39392-6

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne  
Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.  
Copyright © 2011 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main  
Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).  
Umschlaggestaltung: Campus Verlag, Frankfurt am Main  
Satz: Petra Schäfer, Textetage  
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: [www.campus.de](http://www.campus.de)

© Campus Verlag GmbH

# Inhalt

Einführung .....	9
Zum Aufbau der Arbeit.....	10
Methodisches Vorgehen und Datenquellen .....	11
1. Was ist Politische Kritik und wie verbreitet ist sie? .....	16
1.1 Politische Kritik: Begriffsbestimmung und Typologie .....	16
1.1.1 Ein historischer Abriss .....	16
1.1.2 Unzufriedenheit und Kritikbereitschaft – Begriffsbestimmung.....	19
1.1.3 Kritik-Typologie und Hypothesen.....	25
1.2 Zum Forschungsstand.....	28
1.2.1 Kritikbereitschaft.....	29
1.2.2 Politische Unzufriedenheit.....	30
1.3 Empirische Analyse: Verbreitung und Verteilung.....	39
1.3.1 Kommunen .....	39
1.3.2 Bundesländer.....	44
1.3.3 Staaten.....	46
1.4 Fazit: Kritikbereitschaft weit verbreitet und wenig erforscht .....	48
2. Wie lassen sich Kritikbereitschaft und Unzufriedenheit erklären?.....	49
2.1 Forschungsstand und Hypothesen .....	49
2.1.1 Individualorientierte Ansätze.....	50
2.1.2 Kontextorientierte Ansätze.....	56
2.2 Empirische Analyse.....	68
2.2.1 Kommunen .....	68
2.2.2 Bundesländer.....	81
2.2.3 Staaten.....	88
2.3 Fazit: Zufriedenheit kontextabhängig, Kritikbereitschaft transsituative Grundüberzeugung.....	95

3. Haben kritische Bürger demokratieförderliche Profile? .....	97
3.1 Welche Orientierungen sind demokratieförderlich? .....	98
3.2 Orientierungen und Profile kritischer Bürger – Forschungsstand.....	110
3.3 Empirische Analyse.....	114
3.3.1 Kommunen .....	114
3.3.2 Bundesländer.....	123
3.3.3 Staaten.....	131
3.4 Fazit: Demokratieförderliches Profil bei den Kritikbereiten .....	134
4. Sind kritische Einheiten demokratischer? .....	136
4.1 Konzeptuelle Überlegungen und Hypothesen.....	136
4.2 Indikatoren zur Messung des demokratischen Niveaus .....	138
4.3 Empirische Analyse.....	142
4.3.1 Kommunen .....	143
4.3.2 Bundesländer.....	144
4.3.3 Staaten.....	146
4.4 Fazit: Kritikbereite Einheiten sind demokratischer.....	151
5. Politisch-praktische Implikationen der Ergebnisse .....	152
5.1 Vorschläge zum Umgang mit politischer Kritik .....	153
5.2 Diskussion und Ausblick.....	158
6. Kritikbereitschaft als Anreiz für demokratische Weiterentwicklung – Ausblick .....	160
Verzeichnis der Abkürzungen .....	168
Verzeichnis der Abbildungen .....	169
Verzeichnis der Tabellen .....	170
Anhang I: Datensätze .....	173
Anhang II: Operationalisierungen.....	177
Anhang III: Ergänzende Tabellen.....	189
Literatur.....	205

# Vorwort und Dank

In dieser Monographie fasse ich – erheblich gekürzt – die zentralen Ideen und empirischen Ergebnisse meiner Habilitation zusammen (Philipps-Universität Marburg, 2007). Im Zentrum steht die Frage, ob von kritischen Bürgern Gefahren für eine demokratische Entwicklung ausgehen oder ob sie ein demokratisches Potenzial darstellen. Das Buch bearbeitet damit einen Teilaspekt des größeren Themenkomplexes, der meine wissenschaftliche Arbeit bestimmt: Wie kann eine Gesellschaft ihre Probleme effektiv sowie legitim lösen und sich demokratisch weiterentwickeln?

Mein besonderer Dank geht an Bettina Westle. Sie hat die Arbeit über Jahre hinweg begleitet und verschiedene Fassungen immer wieder kritisch kommentiert. Ebenso danke ich der Forschungsgruppe »Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung« des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), speziell Dieter Rucht, für alle Anregungen und Gespräche. Dem Teilprojekt »Lokale Eliten« des Sonderforschungsbereichs 580, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, danke ich für die freundliche und großzügige Überlassung umfangreicher Datensätze. Ebenso bedanke ich mich bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Unterstützung verschiedener Tagungs-, Forschungs- und Vortragsreisen und bei Janice Cornwall, Petra Schäfter und Leena Ojansivu für geduldiges Korrekturlesen verschiedener Manuskript-Versionen. Ein besonderer Dank geht an Ronnie Kammer für alle Unterstützung und die Ermahnungen, auch mal zwischendurch Joggen zu gehen. Für Ronnie.

Frankfurt am Main, November 2010



# Einführung

Demokratie braucht politische Unterstützung –  
Demokratie braucht politische Kritik

Auf diese einfache, doch widersprüchliche Formel lassen sich Debatten zu politischer Kritik zusammenfassen. Während viele Autoren politische Unterstützung als die Grundvoraussetzung funktionierender Demokratien hervorheben, bestehen andere Autoren darauf, dass Demokratie ohne politische Kritik kaum existieren und sich nicht weiterentwickeln kann. Sowohl die Befürworter von Unterstützung als auch die Befürworter von Kritik können überzeugende Argumente präsentieren – eine systematische empirische Analyse fehlt gleichwohl bisher. Diese Forschungslücke füllt die folgende Studie.

Doch was meint »Kritik« überhaupt? Die Begriffe Kritik und kritische Bürger sind facettenreich und werden uneinheitlich angewandt. Im alltäglichen Sprachgebrauch kann der Terminus »kritische Bürger« interessierte und involvierte Zeitgenossen beschreiben, aber auch unangenehme und überempfindliche Personen sowie Nörgler und Querulanten. In der Medizin und selten auch in der Politikwissenschaft kann kritisch synonym zu labil und unbeständig verstanden werden. Ein vollkommen anderes Verständnis dominierte in der Bundesrepublik Ende der sechziger Jahre, als die Debatte um politische Kritik ihren ersten Zenit erreichte. Vertreter der Kritischen Theorie wie Adorno, Marcuse oder Habermas forderten kritisches politisches Denken – geleitet von emanzipatorischen Interessen. Einen zweiten Aufschwung erfuhr der *critical citizen* Ende der neunziger Jahren auf dem internationalen Parkett (z. B. Norris 1999a). Unter Kritik wurde und wird dabei im Wesentlichen politische Unzufriedenheit verstanden.

Im Gegensatz zu diesem eindimensionalen Verständnis von Kritik als Unzufriedenheit bezieht diese Studie eine zweite, bisher vernachlässigte normative Dimension ein, die Kritikbereitschaft (vgl. ausführlich Kap. 1).

Politische Kritik wird somit anhand von *zwei Dimensionen* untersucht: 1. Kritikbereitschaft und 2. politische Unzufriedenheit. Somit lautet die Frage, ob und welche Kritik-Dimension – Kritikbereitschaft und/oder Unzufriedenheit – ein Potenzial bzw. eine Gefahr für Demokratien darstellt. Die Ergebnisse werden zunächst zeigen, ob der frühere Lehrsatz von der Überlegenheit politischer Unterstützung und Zufriedenheit nach wie vor gültig ist oder, wie die neuere Forschung vermutet, politische Unzufriedenheit eine Ressource für demokratische Systeme darstellt. Ich erwarte jedoch, dass weder der frühere Lehrsatz noch die neueren Vermutungen zutreffen. Vielmehr verhinderte meines Erachtens die bisherige Fokussierung auf (Un-)Zufriedenheit die Wahrnehmung der eigentlich zentralen Dimension. Meine Hypothese lautet, dass die *Kritikbereitschaft*, und nicht Zufriedenheit oder Unzufriedenheit, ein Potenzial für Demokratien darstellt.

#### Zum Aufbau der Arbeit

Das erste Kapitel *definiert und konzeptionalisiert politische Kritik*. Dabei wird auch eine neue Kritik-Typologie eingeführt, welche es ermöglicht, interagierende Effekte zwischen politischer Zufriedenheit und Kritikbereitschaft zu erfassen. Empirisch wird anschließend die Verbreitung der Kritik-Dimensionen und der Kritik-Typen in der Bundesrepublik sowie im internationalen Vergleich analysiert.

Das zweite Kapitel untersucht, wie sich Kritikbereitschaft und Zufriedenheit *erklären* lassen. Wenn sich politische Zufriedenheit beispielsweise mit der ökonomischen Situation begründen ließe, könnten demokratische Hoffnungen kaum auf unzufriedene Bürger gesetzt werden. Unzufriedenheit wäre dann lediglich die Reaktion auf eine wirtschaftlich unbefriedigende Lage. Und wie steht es um die Kritikbereitschaft? Ist sie eine stabile, kontextunabhängige Grundüberzeugung? Diese Fragen werden im zweiten Kapitel empirisch beantwortet.

Im Mittelpunkt des dritten Kapitels steht die Frage, ob kritische oder nichtkritische Bürger *demokratieförderliche Profile* aufweisen. Sind es also die zufriedenen Bürger, welche sich durch besonders demokratieförderliche Orientierungen wie beispielsweise Toleranz, politisches Interesse oder Partizipation auszeichnen, oder eher die unzufriedenen? Haben kritikbereite Bürger demokratieförderliche Profile oder ihr Gegenpart, also die

Bürger, welche die politische Arbeitsteilung à la Schumpeter realisieren, das heißt sich nach der Wahl nicht mehr um Politik kümmern?

Im vierten Kapitel wird gefragt, ob das Ausmaß von politischer Kritik in einer politischen Einheit, also beispielsweise in einem Land oder einer Kommune, mit dem jeweiligen demokratischen Niveau in Beziehung steht. Ich erwarte, dass die Verbreitung der Kritik-Dimensionen mit dem *demokratischen Niveau* zusammenhängt – aber welche Kritik-Dimension, die (Un-)Zufriedenheit oder die Kritikbereitschaft? Sind beispielsweise Länder demokratischer, in welchen die Kritikbereitschaft als besonders wichtig erachtet wird? Oder jene Länder mit (un-)zufriedener Bürgerschaft? Und wie kann das demokratische Niveau überhaupt gemessen werden? Nach der Diskussion des Forschungsstands und der Entwicklung eines Indikatoren-Sets zur Messung des demokratischen Niveaus folgen die entsprechenden empirischen Analysen.

Im fünften Kapitel wird die praktisch-politische Bedeutung der empirischen Ergebnisse für den Umgang mit politischer Kritik diskutiert. Im Schlusskapitel werden die Ergebnisse zusammengefasst und weiterführende Thesen zum Zusammenhang zwischen politischer Kritik und demokratischer Weiterentwicklung formuliert.

## Methodisches Vorgehen und Datenquellen

Die empirische Studie basiert auf Datensätzen zu drei politischen Ebenen (Gemeinden, Bundesländer und Staaten). Die Kernstudie ist eine von mir als *Gemeindestudie* (GEM) bezeichnete Untersuchung in sechs Kommunen der Bundesrepublik – jeweils drei Kommunen in einem neuen und einem alten Bundesland.<sup>1</sup> In dieser Untersuchung wurden ebenso Daten zu den jeweiligen lokalen politisch-administrativen Eliten sowie zum ökonomischen und institutionellen Kontext der Gemeinden erhoben (vgl. Anhang I). Ein zentraler Vorteil der Studie ist somit, dass umfangreiche Kontextinformationen vorliegen. Sie erlauben es in einer selten möglichen Weise, vielfältige Kontexteinflüsse auf politische Zufriedenheit und Kritikbereitschaft detailliert zu analysieren.

---

<sup>1</sup> Die Studie wurde im Rahmen des Projekts »Lokale Eliten« des Sonderforschungsbereichs 580 »Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung« an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg durchgeführt.

Allerdings kann die Repräsentativität eines solchen Datensatzes zu Recht in Frage gestellt werden. Vielleicht treffen die entsprechenden Ergebnisse nur auf die untersuchten sechs Gemeinden zu? Um Fehlschlüsse zu vermeiden, wurden weitere Datensätze gleichsam als »Kontrolle« einbezogen. Die zweite Datenquelle ist das International Social Survey Program aus dem Jahr 2004 (ISSP, Modul »Citizenship«) zur Bundesrepublik<sup>2</sup> (vgl. Anhang I). Die Bundesrepublik Deutschland ist aus mehreren Gründen ein besonders interessanter Fall für die Bearbeitung meiner Fragestellungen. Erstens führte die Erfahrung des Nationalsozialismus zu einer spezifischen Auseinandersetzung mit politischer Folge- und Kritikbereitschaft.<sup>3</sup> Zweitens hat in der Bundesrepublik die sogenannte 68er-Generation die Debatte um politische Kritik besonders stark beeinflusst. Die historisch einmalige Situation der Wiedervereinigung ermöglicht drittens eine interessante Gegenüberstellung einer etablierten Demokratie mit einer jungen Demokratie.<sup>4</sup>

Allerdings könnte Deutschland aufgrund seiner Geschichte und der sich daraus entwickelnden Diskussionen um kritische Bürger ein Sonderfall sein. Erst die Untersuchung weiterer Staaten wird zeigen, ob die festgestellten Zusammenhangsmuster spezifisch für die Bundesrepublik sind oder generalisiert werden können. Deshalb wurden Daten aus dem ISSP-Survey zu weiteren Demokratien einbezogen. Die internationalen ISSP-Erhebungen konnten zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Arbeit zwar noch nicht eingesehen werden; es war jedoch möglich, durch Anfrage bei Länderteams Datensätze zu einigen Staaten zu erhalten. Ausgewählt für die Analyse wurden sechs Demokratien: Kanada, Neuseeland und Schweden

---

2 Vier Bundesländer konnten aufgrund einer zu geringen Anzahl von Befragten in landesspezifischen Berechnungen nicht berücksichtigt werden (Berlin, Bremen, Hamburg und Saarland).

3 Beispielsweise wurden in der Bundesrepublik staatlich finanzierte, unabhängige und überparteiliche Zentralen für politische Bildung zur Demokratieerziehung eingerichtet.

4 In der Literatur wird die Frage, ob die Kluft zwischen Ost- und Westdeutschen in den letzten Jahren geschrumpft oder sogar größer geworden ist, widersprüchlich beantwortet. Während einige Autoren bei den politischen Einstellungen eine zunehmende Konvergenz konstatieren (z. B. Gabriel 1999b: 231), verweisen andere Autoren darauf, dass sich die politischen Einstellungen in den beiden Landesteilen keineswegs annähern, sondern die Distanz teilweise sogar wächst (z. B. Meulemann 2002: 22). So stellt Conrard (2002) treffend fest: »After ten years of research on Germany's postunification political culture, there is no scholarly consensus on the critical question of east-west differences, the impact of unification on western German culture, and developmental trends in the two regions.« (ebd.: 43)

als etablierte und reiche Demokratien, Portugal als etablierte, wenn auch jüngere und ressourcenschwächere Demokratie, sowie die Slowakei und die Tschechische Republik als junge Demokratien (vgl. Almond/Verba 1963: 35 für eine ähnliche Begründung der Sampleauswahl). Zu einzelnen Aspekten wurden darüber hinaus zusätzliche Staaten berücksichtigt. Abbildung 1 gibt einen schematischen Überblick über die Datensätze. Im Folgenden werden im empirischen Teil die drei Datensätze jeweils getrennt berechnet und die Ergebnisse anschließend zusammenfassend interpretiert. Ich vermute, dass ähnliche Zusammenhangsmuster auf der lokalen und der Bundesländer-Ebene sowie im internationalen Vergleich zu finden sind.

Der empirische Dreischritt mit Daten, die sich auf unterschiedliche politische Einheiten (Kommunen, Bundesländer und Staaten) beziehen, bietet Vorteile und Nachteile. Er ermöglicht einerseits ein in der Politikwissenschaft bisher selten angewandtes Verfahren: den Vergleich von drei verschiedenen Ebenen. Dies gestattet Schlussfolgerungen über die Ebenen-Abhängigkeit oder -Unempfindlichkeit der Ergebnisse. So kann festgestellt werden, ob beispielsweise die Kritikbereitschaft oder spezifische Kombinationen aus Kritikbereitschaft und Zufriedenheit nur auf kommunaler Ebene eine Ressource für (die Weiterentwicklung von) Demokratien darstellen, nicht jedoch auf nationaler Ebene, oder ob dies nur für die Bundesrepublik, jedoch nicht für andere Staaten gilt. Ein weiterer Vorteil des empirischen Dreischritts liegt – neben der Generalisierbarkeit der Aussagen – in den unterschiedlichen Lupenstärken. Die Gemeindestudie bietet umfangreiche, detaillierte Kontextdaten, stellt also gleichsam ein Zoom-Objektiv zur Verfügung. Die ISSP-Surveys ermöglichen demgegenüber eine Weitwinkel-Perspektive mit statistischer Repräsentativität, aber weniger Detail- und Kontextinformationen.

Die Verwendung verschiedener Datensätze birgt andererseits das in der empirischen Forschung mit Sekundärdaten bekannte Problem, nur auf vorhandene Daten zurückgreifen zu können. Beispielsweise wenden Surveys unterschiedliche Fragebatterien an, welche nur bedingt verglichen werden können. So setzen auch unterschiedliche Fragestellungen und damit einhergehende Operationalisierungsdifferenzen zwischen der Gemeindestudie und den ISSP-Surveys der Vergleichbarkeit Grenzen. Jedoch kann dies auch Erkenntnis fördernd sein. Denn wenn dasselbe Phänomen, zum Beispiel politische Zufriedenheit, mit Hilfe unterschiedlicher Indikatoren gemessen wird, die Verbreitung und die Zusammenhangsmuster aber ähn-

lich aussehen, so weist dies auf robuste Resultate hin (vgl. zur Operationalisierung Anhang II).

Mit der Verwendung von Sekundärdaten geht ein weiteres Manko einher: Die zur Verfügung stehenden Daten und Indikatoren sind häufig unzureichend zur Überprüfung der theoretischen Annahmen. Wie die meisten theoriegeleiteten empirischen Studien muss auch die vorliegende Arbeit komplexe theoretische Konzepte anhand ungenügender Indikatoren überprüfen: Die zur Verfügung stehenden Daten lassen vielfach nur unterkomplexe Operationalisierungen zu. So muss notwendigerweise vereinfacht werden und eine umfassende Beantwortung aller aufgeworfenen theoretischen Fragen ist nur bedingt möglich. Folglich besteht, wie häufig bei Sekundäranalysen, eine gewisse Diskrepanz zwischen den »großen« Theorien und der jeweils konkreten Operationalisierung. Gleichwohl werden die Ergebnisse zuverlässige empirische Anhaltspunkte zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen liefern.

*Abbildung 1: Die Datenquellen**Gemeindestudie*

<p><i>Bevölkerungsbefragung</i></p> <p>Themen: Politische Kritik, soziodemographische Daten, Sozialkapital</p> <p>Methode: Computerunterstütztes Telefoninterview (CATI)</p> <p>Sample: Bevölkerung sechs ausgewählter Städte und Kreise, N = 2.023 Bürger</p>	<p><i>Kontextdaten</i></p> <p>Themen: Elite-Merkmale, ökonomische Situation, institutionelle Arrangements</p> <p>Methode: Analyse amtlicher Statistiken, Dokumente usw., Computerunterstütztes Telefoninterview</p> <p>Sample: Lokale Eliten: 57 Personen, N = 6 Kommunen</p>
--	---

*Daten zu den deutschen Bundesländern und internationale Daten*

<p><i>International Social Survey Program (ISSP) 2004</i></p> <p>Themen: Politische Kritik, soziodemographische Daten, Sozialkapital</p> <p>Methode: Face-to-face-Interviews, schriftliche Befragung</p> <p>Sample Bundesrepublik: N = 1.300 Bürger Sample internationale Daten: N = ca. 8.000 Bürger</p>	<p><i>Kontextdaten</i></p> <p>Themen: Situation in den Bundesländern und Staaten</p> <p>Methode: Amtliche Statistiken usw.</p> <p>Sample Bundesrepublik: N = 12 Bundesländer Sample Internationale Daten: N = 6 Staaten</p>
---	---

# 1. Was ist Politische Kritik und wie verbreitet ist sie?

## 1.1 Politische Kritik: Begriffsbestimmung und Typologie

### 1.1.1 Ein historischer Abriss

Lange Zeit galt politische Unterstützung als zentrale staatsbürgerliche Tugend, unentbehrliche Ressource und Garant für die Funktionsfähigkeit, die Effektivität und die Legitimität eines politischen Systems (zur Debatte: Westle 2003). Kritik – als Untugend und Gefahr – schwäche, so lautete das Argument, demokratische Institutionen<sup>5</sup>, erodiere den Glauben an Demokratie und führe schließlich unweigerlich zu ernsthaften Krisen oder sogar zu einem Zusammenbruch des politischen Systems. Dementsprechend stand bis in die achtziger Jahre politischer *support* im Zentrum der Politische-Kultur-<sup>6</sup> und Einstellungsforschung. Negative Momente der Unterstützung sowie positive Aspekte von Kritik spielten eine untergeordnete Rolle. Protestwellen (Barnes/Kaase u.a. 1979) sowie vermeintliche oder tatsächliche Legitimationskrisen in den sechziger und siebziger Jahren (z.B. Crozier/Huntington/Watanuki 1975; Habermas 1973; Offe 1972) änderten an dieser Sichtweise wenig. Bis in die achtziger Jahre bestand das Paradigma, dass die Kapazität eines politischen Systems, Unterstützung zu generieren und zu erhalten, essenziell für dessen Stabilität sei.<sup>7</sup>

---

5 In der Politikwissenschaft werden unter Institutionen im engen Sinne die Staatsorgane wie Bundestag sowie intermediäre Organisationen wie Gewerkschaften verstanden, im weiteren Sinne das durch Verfassung oder Gesetz vereinbarte dauerhafte Regelwerk für politisches sowie gesellschaftliches Handeln, z.B. Wahlsysteme.

6 Politische Kultur bedeutet in Anlehnung an Almond und Verba (1963) die Gesamtheit der Einstellungen, der Werte und Vorstellungen von Bürgern gegenüber dem politischen System, den politischen Institutionen, der Staatstätigkeit und den politischen Eliten.

7 Wichtig sei »the capacity of the system to engender and maintain the belief that the existing political institutions are the most appropriate ones for the society.« (Lipset 1981: 77). »As money is to an economic system, so is political support to a political system ... support is the currency of democratic ... politics.« (Rosenau 1974: 1; vgl. auch Dalton

Allerdings wiesen einige Forscher schon früh darauf hin, dass Unterstützung und Zufriedenheit allein nicht ausreichen. Bereits Almond und Verba (1963) hatten Orientierungen, die als politische Kritik interpretiert werden können, eine besondere Bedeutung zugesprochen – ohne die Begriffe Kritik oder kritisch zu verwenden. In ihren Augen ist beispielsweise naive Autoritätshörigkeit keine Tugend einer demokratischen *civic culture* (z. B. 18, 341 ff.). Easton (1965) zeigte, dass »without some inflow of demands there would be no raw material for the system to process« (ebd.: 48). *Inflow* definierte er dabei explizit zweidimensional als »demand and support« (ebd.: 27). Auch wenn »demand« nicht mit Kritik gleichgesetzt werden kann, so verweist diese Aussage doch darauf, dass ein politisches System für seinen Erhalt und vor allem seine Weiterentwicklung mehr benötigt als nur Unterstützung.<sup>8</sup> Sniderman (1981) untersuchte schließlich Anfang der achtziger Jahre, ob zu große Loyalität nicht ein ebenso gravierendes Problem darstellen könnte wie Entfremdung. Sein Ergebnis lautete, dass »allegiance may pose at least as serious a threat to democratic politics as alienation« (13; ähnlich: Parry 1976; Citrin 1974). Wenn etwa politische Eliten Fehler machten, sei es die Pflicht der Bürger, kritisch zu sein. Personen, deren Unterstützung durch politische Skandale und Fehlverhalten von Politikern nicht erschüttert würden, entsprächen nicht dem Ideal eines guten Demokraten. Vielmehr seien Bürger, die balanciert Vorzüge und Fehler der Regierung erkennen können, zu begrüßen, und politische Skepsis sei ein heilsamer Teil demokratischer Praxis. So nahmen Sniderman (1981) und einige andere Wissenschaftler aus den sechziger, siebziger und achtziger Jahren Argumente vorweg, die erst viele Jahre später intensiver diskutiert und empirisch erforscht wurden (vgl. auch Gabriel 1999b: 204 f.; Westle 1997).

Auch in der politischen Ideengeschichte lässt sich eine Fülle von Beispielen finden, welche politische Kritik als zentralen Bestandteil demokratischer Systeme begreifen. Denn während einige Demokratie-Theoretiker eher dem Modell der politischen Arbeitsteilung anhängen, bei dem sich die Bürger nach der Wahl ihrer Repräsentanten am besten nicht mehr um

---

2004: 159; Westle 2003; Dalton 2002: 237 ff.; Niedermayer 2001; Mishler/Rose 1997; Westle 1997: 105; Westle 1989; Crozier u.a. 1975; Easton 1975; Miller 1974; Easton 1965).

<sup>8</sup> Obwohl Easton (1965: 149) selbst die Fokussierung auf *support* kritisierte, entwickelte er in späteren Jahren vor allem das Konzept von politischer Unterstützung weiter (vgl. Easton 1975).

Politik kümmern sollten (z.B. Schumpeter 1950), befürworten viele ein weniger arbeitsteiliges Modell. Einig sind sich zwar die meisten Autoren in ihrer Ablehnung der Rousseau'schen Vorstellung der radikalen Volkssouveränität, aber eine zumindest mentale Involvierung der Bürger auch über den Wahlakt hinaus erachten die meisten als sinnvoll. Vor allem die kritische Beobachtung der politischen Repräsentanten wird von vielen Demokratie-Theoretikern als untrennbar mit Demokratie erachtet. So verwies beispielsweise bereits Mill (1861/1985) darauf, dass eine kritische Wachsamkeit gegenüber der politischen Elite die Aufgabe kompetenter Bürger sei. Zwar setzte Mill einerseits gewisses Vertrauen in die Gemeinwohlorientierung der gebildeten Elite, andererseits war er sich dessen nicht völlig sicher. Denn jede Gruppe, die mit einem gewissen Ausmaß an Macht ausgestattet ist, sei geneigt, ihre eigenen Interessen zu verfolgen. So brauche eine Demokratie kompetente Bürger, die in der Lage und willens sind, sich mit dem politischen Geschehen zu befassen und sich einzumischen. Dies ist umso wichtiger, da Mill mögliche Mängel des demokratischen Führungspersonals als eine der zentralen Schwächen von Demokratie erachtete. Aus dieser Perspektive gehören somit demokratisches Regieren und eine gewisse kritische Wachsamkeit der kompetenten Bürgerschaft untrennbar zusammen. In ähnlicher Weise vertritt beispielsweise Dahl (1971) in seinem Standardwerk »Polyarchie« unter anderem die Bedeutung von Kritik- und Kontrollrechten, ohne die Bedeutung politischer Kritik jedoch auszubuchstabieren.

Seit Beginn der neunziger Jahre wurde das Mainstream-Paradigma von politischer Kritik als Gefahr schließlich weitgehend verabschiedet. Kritik interpretieren aktuelle Autoren weniger als Krisenindikator und Bedrohung von Demokratie, sondern als Ressource für demokratische Weiterentwicklung, als Stimulus für politische Reformen und als kreatives Potenzial, kurz: als »good for democracy«. <sup>9</sup> Beispielsweise hat Westle (1997) in einer wegweisenden und inspirierenden Studie zu kritischen Bürgern auf die demokratische Bedeutung kritischer Bürger verwiesen. Auch Studien von Welzel und Inglehart (2005), Axtmann (2001: 10) sowie Budge (1996: 190) lassen vermuten, dass Bürger, die als kritisch bezeichnet werden können,

---

<sup>9</sup> Dalton 2004: 200 ff.; Gabriel 1999b: 204-205; Norris 1999a: 8; Nye 1999: vi; Westle 1999: 99; Westle 1989. Der englische Terminus *critical citizen* beinhaltet dabei ein Wortspiel: »Critical« bedeutet nicht nur kritisch, sondern auch »entscheidend«. Im Deutschen hat das Wortspiel keine Entsprechung.

demokratieförderlich sind.<sup>10</sup> Politische Kritik sei ein Mittel zur Herstellung politischer Responsivität, also der Orientierung des Elite-Handelns an den Wünschen und Forderungen der Wählerschaft (Gabriel 1999b: 205, auch: Almond/Verba 1963). Durch kritische Bürger würden Regierungen gezwungen, ausführlich Rechenschaft über ihre Tätigkeit abzulegen und auf die Bedürfnisse sowie Interessen der Bürger einzugehen. Ohne kritische Bürger könnten sich Korruption und Selbstbereicherung der Eliten ausbreiten. Kritische Bürger seien also ein Mittel gegen den Missbrauch politischer Macht (z. B. Budge 1996: 190). Und mangelnde Kritik korreliert sogar nicht selten mit demokratischer Apathie und Entfremdung (für Peru: Seligson/Carrion 2002; für die USA: Sniderman 1981).

Dabei werden auf kritische Bürger große Hoffnungen gesetzt. Dalton (2002: 253) schreibt beispielsweise euphorisch, dass die gegenwärtige politische Unzufriedenheit ein historischer Schritt für die nächsten demokratischen Reformen sei: »Current dissatisfaction with contemporary political systems may present another historic step in democracy's progress.« Einige Autoren vermuten in ähnlicher Weise: »Dissatisfied democrats can be viewed as [...] a force for reform and improvement of democratic processes and structures.« (Klingemann 1999: 32). »Die Unzufriedenheit mit dem aktuellen Zustand der Demokratie zeigt keine Abkehr von demokratischen Idealen, sondern genau das Gegenteil: gestiegene demokratische Ansprüche« (Welzel 2005: 73). Hofferbert und Klingemann (2000: 11) sind besonders überzeugt, dass unzufriedene Bürger auch demokratische und politisch wachsame Bürger seien: »So, the fact that half of the [...] respondents are dissatisfied with the performance of their democracy may indicate nothing more than the *reasonable, healthy wariness of attentive democratic citizens*« (Hervorhebung B.G.).

### 1.1.2 Unzufriedenheit und Kritikbereitschaft – Begriffsbestimmung

Wie aus den bisherigen Ausführungen bereits deutlich wurde, meinen die unterschiedlichen Autoren und Autorinnen zwar nicht immer genau das Gleiche, wenn sie von politischer Kritik sprechen. Die meisten Studien setzen Kritik jedoch schlicht synonym mit politischer *Unzufriedenheit*. Men-

---

10 Aktuell zeigten beispielsweise Foweraker und Landman (1997) anhand ihrer ländervergleichenden Studie über die Beziehung zwischen Mobilisierung und demokratischen Rechten, dass Demokratie in der Regel das Resultat von Forderungen kritisch-aktiver Bürger ist.

schen, die politisch unzufrieden sind, werden als kritisch bezeichnet (vgl. Norris 1999a: 269; Nye 1999: vi). Doch sind Unzufriedenheit und Kritik identisch? Und, so ist weiter zu fragen, lässt politische Unzufriedenheit wirklich Aussagen über das demokratische Anspruchsniveau einer Bürgerschaft zu? Sind unzufriedene Bürger per se immer politisch aufmerksam und demokratieförderlich? Verweist Unzufriedenheit auf »reasonable, healthy wariness of attentive democratic citizens« (Hofferbert/Klingemann 2000: 11)? Ist Unzufriedenheit nicht auch die nüchterne Verarbeitung einer Politik, welche die Bedürfnisse der Bürger nicht befriedigen kann – also eine Antwort auf die ungenügende Performanz oder die mangelnde Vertrauenswürdigkeit der politischen Akteure und Institutionen (z. B. Hardin 2002; Parry 1976)? Eine große Anzahl an unzufriedenen Bürgern ist aus dieser Perspektive ein Beleg für ein schlecht funktionierendes politisches System, dient aber kaum als Nachweis für eine besonders politisch aufmerksame, demokratische Bürgerschaft.

Offensichtlich reicht es nicht aus, politische Kritik ausschließlich als Unzufriedenheit zu betrachten, wenn deren Potenzial für Demokratien erfasst werden soll; eine komplexere Operationalisierung ist notwendig. Welche weiteren Dimensionen spielen eine Rolle? Einige Autoren fokussieren auf den Aspekt der politischen Aktivitäten, welche aus politischer Kritik entstanden. Diese Dimension ist in der Partizipations-, der Neo-Soziale-Bewegungen- und Protestforschung bereits gut erforscht (z. B. Geißel 2006b; Rucht 2006). Auch die Kritik an einzelnen Policies, beispielsweise Unzufriedenheit mit der Sozial-, Wirtschafts- oder Schulpolitik, wird in der Wahl- und Einstellungsforschung umfassend untersucht.

Kaum beachtet und unerforscht blieb bisher jedoch die normative Dimension: die Kritikbereitschaft. Dieser Terminus lässt sich zwar in den Sozialwissenschaften hin und wieder finden, er ist aber weder exakt definiert noch eindeutig in einen Theoriezusammenhang eingebunden.<sup>11</sup> Ich definiere Kritikbereitschaft als die Befürwortung der Bürgerpflicht, politische Sachverhalte zu beobachten (Beobachtungspflicht) und möglicherweise zu intervenieren (Interventionspflicht). Die *Beobachtungspflicht* ist zu verstehen als die grundlegende normative Überzeugung, dass ein guter Bürger das politische Geschehen aufmerksam beobachten sollte ohne sich

---

<sup>11</sup> Während einige Autoren Kritikbereitschaft beispielsweise eher als Teilaspekt von Unzufriedenheit verstehen (z. B. Gabriel 2002) oder als demokratisch sinnvolle Tätigkeit (z. B. Warren 1999), diskutieren sie andere Autoren im Kontext von normativen Orientierungen (vgl. Westle 1997).

dabei beispielsweise auf einen Politiker oder einen Politikbereich zu konzentrieren. Die Befürwortung von kritischer Beobachtung als Bürgerpflicht heißt nicht, dass sich Bürger immer und überall en détail mit Politik befassen. Ein in diesem Sinne kritikbereiter Bürger postuliert vielmehr politische Aufmerksamkeit als Bürger-*Pflicht* (ähnlich: Westle 1997). Darüber hinaus geht die *Interventionspflicht*. Diese meint die Überzeugung, dass ein Bürger intervenieren sollte, sofern die Politik eine nicht mehr als akzeptabel wahrgenommene Richtung einschlägt bzw. als falsch wahrgenommene Entscheidungen gefällt werden. *Die Befürwortung der Beobachtungs- oder möglicherweise sogar einer Interventionspflicht bezeichne ich als normative Kritikbereitschaft*. Synonym dazu werden die Termini *Kritikpflicht* oder *Kritikbereitschaft* verwendet.<sup>12</sup>

Neben diesen Pflichtüberzeugungen gibt es auch situative, normativ nicht fundierte Beobachtungs- oder Interventionsbereitschaften. Beispielsweise könnten Bürger die Politik aus Langeweile verfolgen, weil ihre Partner oder Peers sich damit befassen oder weil sie sich aktuell für ein bestimmtes Gesetzesvorhaben interessieren (z. B. politische Entscheidungen zur Schulpolitik). Politische Aufmerksamkeit basiert bei diesen Personen jedoch nicht auf einer normativen Überzeugung, sondern ist ein beliebiges Verhalten, das von Faktoren wie Zufall, Gruppendruck oder spezifischen Policy-Interessen bestimmt wird.

Auf den ersten Blick scheint es gewisse Ähnlichkeiten zwischen der Beobachtungsbereitschaft und dem politischen Interesse zu geben; sie unterscheiden sich jedoch fundamental. Denn politisches Interesse kann auch zufällig, auf wenige Policies ausgerichtet und situativ sein. So kann sich eine Person aktuell für Politik interessieren, weil beispielsweise gerade über ein für sie relevantes Thema diskutiert wird, aber ihr fehlt die Überzeugung, dass Bürger sich generell um Politik kümmern sollten. Ihr Staatsbürgerkonzept beinhaltet nicht die Überzeugung, dass ein guter Bürger die Pflicht zur Kritik hat. Als Kritik-Dimension interessiert dieses spezifische, situative politische Interesse jedoch nicht, sondern ausschließlich *die Über-*

---

12 Damit bewegt sich die Arbeit im Umfeld aktueller Debatten um Bürgerschaft und Citizenship, die seit den neunziger Jahren eine neue Renaissance erleben. In der Tradition von Marshall (z. B. Marshall/Bottomore 1992) standen dabei zunächst in erster Linie Rechte und Freiheiten im Mittelpunkt. Allerdings bemängeln einige Autoren, dass die Betonung der Rechte zu weit gegangen sei und nun das Pendel zurück zu den Aufgaben und Pflichten schwenken müsse (z. B. Heater 2004: 141; Kymlicka 2002: 288; Kymlicka/Wayne 1994: 353). Dabei wird auch die Pflicht der Bürger erwähnt, das politische Geschehen zu beobachten, jedoch selten ausgeführt.

zeugung, dass eine Bürgerpflicht zur politischen Beobachtung und möglicherweise zur Intervention besteht.

Das Konzept der Kritikbereitschaft ist ebenso wenig mit dem Konzept des Aktivbürgers identisch. Die Beobachtungspflicht kann, muss aber nicht in Aktivität münden. Personen, welche diese Pflicht befürworten, sind nicht per se als Aktivisten permanent politisch engagiert, vielmehr unterscheidet sich die Beobachtungspflicht grundlegend von Partizipation. Bei Ersterer geht es um ein Pflichtgefühl, bei Letzterer um das tatsächliche Handeln.

Das Konzept der Kritikbereitschaft widerspricht diametral der *Schumpeter'schen Vorstellung zur Pflicht von Bürgern in repräsentativen Demokratien*. Eine Person, die ihre Bürgerpflicht im Sinne Schumpeters (1950) wahrnimmt, beschränkt sich auf die Auswahl der Elite bei den Wahlen. Ansonsten jedoch akzeptiert sie die Arbeitsteilung zwischen sich und den von ihr gewählten Politikern: Sie erachtet »die politische Sache« als eine Angelegenheit der Politiker und hält sich aus den Regierungsgeschäften heraus. Ein kritikbereiter Bürger sieht seine Aufgaben und Pflichten demgegenüber nicht im Gang zur Wahlurne und im Vertrauen erschöpft. Ebenso widerspricht die Kritikbereitschaft der Vorstellung Almond und Verba (1963: 347), die für eine balancierte Mischung aus Partizipation und Passivität plädieren (vgl. auch Lipset 1959). In einer nach Almond und Verba idealen *civic culture* betrachten sich die Bürger zwar als aktiven Teil des politischen Systems, kombinieren dies aber mit passiven und parochialen Haltungen.<sup>13</sup> Diese Aussagen wurden von den Befürwortern partizipativer Demokratieformen wie Barber (1984) und Pateman (1970) vehement kritisiert. Sie unterstellen Almond und Verba, politisches Desinteresse zu zelebrieren und damit das Ziel von Demokratie aus den Augen zu verlieren. Mein Konzept von Kritik als Bürgerpflicht liegt quer zu dieser Debatte um die richtige Mischung von politischer Aktivität und Passivität. Im Konzept der Kritikpflicht orientiert sich die Bestimmung einer idealen *civic culture* nicht am Aktivitätsgrad, sondern an dem Ausmaß und der Verbreitung der Kritikbereitschaft.

In welcher Beziehung steht nun Kritikpflicht zur *diffusen Unterstützung*? Diffuse Unterstützung ist, nach Easton, unabhängig von spezifischen Re-

---

<sup>13</sup> In den Augen von Almond und Verba ist ein idealer Bürger nicht ständig involviert in Politik, und es ist nicht seine Aufgabe, politische Entscheidungsträger permanent zu beobachten. Aber er hat das Potenzial, diese Eigenschaft falls nötig zu aktivieren. Unklar bleibt, woher die Bürger wissen können, »if there is need«.